

lativrat von Macau und gleichzeitig Mitglieder des chinesischen Nationalen Komitees der CPPCC (Chinese People's Political Consultative Conference) sowie Mitglieder des CPPCC-Komitees der Stadt Guangzhou. Einer ist Immobilien- und der andere Getreide- und Ölunternehmer. Beide wurden bei der letzten Zusammensetzung des Legislativrats von Macau im September 1996 mit einem hohen Stimmenanteil von sozialen Interessengruppen gewählt – von Stimmentkauf war die Rede. Der Immobilienunternehmer wurde innerhalb kürzester Zeit sogar zweimal entführt; für seine Freilassung hat seine Familie beim ersten Mal 2 Mio. HK\$ (7,7 HK\$ = 1 US\$) und beim zweiten Mal 3 Mio. HK\$ gezahlt. Die Entführung des Getreide- und Ölunternehmers, dessen Lösegeldhöhe unbekannt blieb, war besonders auffällig, weil er angeblich Kontakte zu den Triaden hatte.

Darüber hinaus wurden auch einige dem „Bruchzahn-Pferd“ Wan nahestehende Triadenführer entführt oder erpreßt. Zugleich haben viele reiche Geschäftsleute Drohanrufe und -briefe erhalten oder wurden entführt mit der Forderung, Geld für Wans Prozeßkosten zu spenden. Man glaubt aber, daß es sich dabei um Tricks von Wans Gegnern handele, um ihn dadurch noch mehr zu belasten und zugleich für sich selbst Geld zu erpressen. Nachdem „Bruchzahn-Pferd“ verhaftet worden war und auch sein größter Rivale, Shui Fang Lai, Macau verlassen hatte, geriet die Basis der Banden außer Kontrolle. Jede Gruppe macht ihre eigenen Operationen. Außerdem werden neue Kämpfe innerhalb und zwischen den einzelnen Banden um die Führungsrolle befürchtet. Ferner wurde wieder auf einen Sicherheitsmitarbeiter der Kasinomonopolgesellschaft (Sociedade de Turismo e Diversões de Macau, STDM) mit dem Spitznamen „The Boxer“ (36) auf der Straße in der Nähe des Hauptquartiers der Sicherheitspolizei geschossen; er blieb aber unversehrt. (SCMP, internet edition, 13. und 27.7.98) Nach Worten von Oberstleutnant Manuel Geraldos sind die Triaden in Macau mit Geschäften im Umfeld der Kasinos reich geworden; mit der Wirtschaftskrise aber ist der Umfang des Kuchens geschrumpft – nun kämpfen sie um die besten Stücke. Darüber hinaus würden die Mafiosi wegen der Rückgabe Macaus an die VR China im Dezem-

ber nervös. „Einige möchten sich vor der großen Wende besserstellen.“ (SZ, 8.4.98)

Die chinesische Regierung hat bislang die Portugiesen wiederholt gemahnt, für einen reibungslosen Machtwechsel in Macau die zunehmende Kriminalität zu bekämpfen. Aber die Polizei von Macau ist zu schwach für diese Aufgabe. Außerdem bemängelte die Macauer Regierung die ungenügenden Grenzkontrollen gegen die Gangster seitens der VR China und der SVR Hongkong. Infolge der Erpressungen und Entführungen der beijingfreundlichen Politiker Macaus und angesichts des sich nähernden Souveränitätswechsels ist Beijing nun entschlossen, mit Macaus Regierung die o.g. konzertierte Aktion gegen die Triaden zu unternehmen, heißt es. Die chinesischen Sicherheitstruppen an der Grenze zu Macau wurden verstärkt, und die SVR Hongkong soll auch nicht mehr als Zufluchtsort für die Gangster aus Macau dienen. -ni-

---



---

## Taiwan

---



---

### 29 Änderung in der Taiwanpolitik Washingtons?

Während seines jüngsten Staatsbesuchs in der VR China erklärte US-Präsident Bill Clinton am 30. Juni in Shanghai zur Taiwanpolitik seiner Regierung öffentlich, Taiwans Unabhängigkeit oder ‚zwei Chinas oder ein China und ein Taiwan‘ nicht zu unterstützen. Weiter sagte er: „Wir glauben auch nicht, daß Taiwan Mitglied in irgendeiner Organisation sein sollte, für die eine Eigenstaatlichkeit verlangt wird.“ (DGB, 2.7.98; LHB, ZYRB und CP, 1.7.98)

Im Shanghaier Gemeinsamen Kommuniqué vom 27. Februar 1972, das beim Chinabesuch vom damaligen US-Präsidenten Richard Nixon unterzeichnet wurde und als der Grundstein der Annäherung zwischen Washington und Beijing gilt, hat die chinesische Seite das Taiwanproblem als die Schlüsselfrage für die Beziehungen zwischen der VR China und den USA dargestellt. „Die chinesische Regierung bekämpft entschieden jegliche Aktivitäten, die darauf zielen, ‚ein China, ein Taiwan‘, ‚ein China, zwei Regierun-

gen‘, ‚zwei China‘, ein ‚unabhängiges Taiwan‘ zu schaffen oder dafür eintreten, daß der Status von Taiwan noch zu bestimmen ist.“ Sie betrachtet Taiwan als eine Provinz Chinas. Die US-Seite äußerte ihre „Erkenntnis“ (acknowledgment), „daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist.“

Ende 1978 und Anfang 1979 erkannte die US-Regierung unter Jimmy Carter Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas an und brach gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab. Ende März desselben Jahres verabschiedete das US-Parlament allerdings ein Taiwan-Gesetz (Taiwan Relations Act), in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß sich die USA weiter um die Sicherheit Taiwans kümmern und Defensivwaffen an Taiwan liefern würden. Als Beijing im März 1996 zur Einschüchterung der Pro-Unabhängigkeitskräfte bei den ersten direkten Präsidentschaftswahlen in Taiwan größere Kriegsmanöver samt Raketenschießübungen bis in die Nähe der taiwanesischen Küsten unternahm, schickte Washington die 7. US-Flotte einschließlich zwei Flugzeugträgern und drei Atom-U-Booten in die Region.

Die Beziehungen zwischen Washington und Beijing, die durch die blutige Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung im Juni 1989 stark belastet und während der o.g. Krise in der Taiwan-Straße 1996 zusätzlich angespannt waren, nahmen eine neuerliche Wende durch den Staatsbesuch des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in den USA Ende Oktober und Anfang November des letzten Jahres. Beide Seiten haben eine „strategische Partnerschaft“ abgeschlossen. Ganz sicher war dabei die Taiwan-Frage eines der Kernthemen in den Gesprächen zwischen beiden Seiten. Danach haben mehrere Regierungspolitiker der USA einschließlich der Außenministerin Madeleine Albright öffentlich die „drei Neins“ der Taiwan-Politik betont. Die chinesische Regierung soll von der US-Regierung verlangt haben, die Drei-Nein-Taiwanpolitik bei Clintons Staatsbesuch in China auch offiziell schriftlich zu erklären. Doch im Hinblick auf Taiwans Reaktionen hat der US-Präsident dies weder im Gemeinsamen oder Pressecommuniqué noch in Beijing zum Ausdruck gebracht, son-

dern in einer Antwort auf eine gezielte Frage im Gespräch mit einer kleineren Gruppe von Gesellschaftsvertretern in Shanghai, worin er erklärte, es sei „konsequent“ Politik der USA. Ferner betonte er Washingtons Hoffnung, die Taiwan-Frage friedlich zu lösen und forderte beide Seiten auf, direkt darüber zu sprechen.

Am 4. Juli reiste Richard Bush, Vorsitzender der halbamtlichen US-Institution für die Beziehungen mit Taiwan, AIT (American Institute in Taiwan), zur klärenden Darstellung von Clintons Chinabesuch nach Taiwan. Er betonte auf der Pressekonferenz am letzten Tag seines Besuches, dem 8. Juli, daß es keine Veränderung in der Taiwanpolitik Washingtons gebe. Zu den Drei-Neins sagte er, daß „Nichtunterstützung“ nicht „widersetzen“ bedeute. Am 10. Juli verabschiedete der US-Senat einstimmig eine Resolution, in der die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Taiwan gemäß des Taiwan-Gesetzes erneut bekräftigt wurde. Zehn Tage später verabschiedete auch das US-Repräsentantenhaus mit einem Stimmenverhältnis von 390:1 einen Beschluß, in dem neben der Wiederholung der US-Versprechungen gegenüber Taiwan auch eine Unterstützung an der Beteiligung Taiwans bei „entsprechenden“ internationalen und anderen Organisationen befürwortet wird. Allerdings ist dieser Beschluß nicht verbindlich für die US-Administration. (LHB, 11. und 22.7.98; ZYRB, 12. und 22.7.98) -ni-

### 30 Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nach Clintons Chinabesuch

Die seit drei Jahren eingefrorenen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sind nach dem Chinabesuch des US-Präsidenten Bill Clinton weiter aufgetaut. Am 25. Juni, dem Tag der Ankunft Clintons in China, erhielt Taiwan Straits Exchange Foundation (SEF) einen Brief von der Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS) auf dem chinesischen Festland. Dabei handelte es sich um eine Einladung für den SEF-Vorsitzenden Gu Zhenfu (Koo Chen-fu), im September oder Oktober das Festland zu besuchen. Die SEF und ARATS sind zwei halbamtliche Institutionen, die im Auftrag der Regierungen von Taipei bzw. Beijing über die

Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße verhandeln.

Bislang gibt es – offiziell – immer noch keinen direkten Kontakt zwischen Taipei und Beijing. Ende April 1993 fand das erste Treffen der Vorsitzenden der SEF und der ARATS, Gu Zhenfu und Wang Daohan, in Singapur statt. Dann setzte Beijing – aus Protest gegen Präsident Li Denghous Besuch seiner Alma mater, der Cornell-Universität in den USA, im Juni 1995 – die Kontakte zwischen der SEF und der ARATS aus. Li wurde vorgeworfen, international eine Politik der „Zwei Chinas“ oder „Ein China, ein Taiwan“ zu betreiben. Um die Befürworter taiwanesischer Unabhängigkeit von China einzuschüchtern, unternahm Beijing bei der ersten direkten Präsidentschaftswahl Taiwans im März 1996 Drohgebärden in Form von Raketenschießübungen auf Zielgebiete unweit der beiden wichtigsten Seehäfen Taiwans, Jilong (Keelung) im Norden und Gaoxiong (Kaohsiung) im Süden der Insel. Angesichts der gespannten Lage schickten die USA, die sich gemäß ihres „Taiwan-Gesetzes“ (Taiwan Relations Act) von 1979 weiter um Taiwans Sicherheit kümmern wollen, trotz der Beendigung des militärischen Bündnisses und des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan als Folge der Anerkennung der VR China, zwei Flugzeugträger-Kampfeinheiten in die Region.

Offenbar um künftig direkte militärische Auseinandersetzungen mit der VR China zu vermeiden, begann die US-Regierung im Lichte der neuerlichen Verbesserung ihrer Beziehungen mit Beijing eine „Drei-Nein-Taiwanpolitik“, d.h. weder Unterstützung für „Zwei-China“, noch für „ein China, ein Taiwan“ oder für die taiwanesischen Unabhängigkeit von China, sowie keine Unterstützung für eine taiwanesischen Beteiligung an irgendeiner Organisation zwischen souveränen Staaten. Gleichzeitig forderte sie beide Seiten der Taiwan-Straße auf, Gespräche wieder aufzunehmen. Diese Politik wurde auch von US-Präsident Bill Clinton persönlich während seines Chinabesuchs am 30. Juni in Shanghai erwähnt. (Dazu siehe die entsprechende Übersicht in diesem Heft.)

In den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße gibt es ein politisches Dilemma. Während die kommunistische Regierung Beijings nach wie vor Taiwan als eine Pro-

vinz von China betrachtet, behauptet die Regierung Taipei unter der Kuomintang (KMT), die früher in ganz China herrschte und seit 1949 infolge der Niederlage im Bürgerkrieg nur noch Taiwan unter ihrer Kontrolle hat, daß in China z.Z. zwei gleichberechtigte politische Gebilde bestünden. (Dazu siehe ausführlich C.a., 97/11, Ü 31.) Beim o.g. Gespräch zwischen Gu und Wang 1993 in Singapur hatten beide Seiten den politischen Dissens beiseite gelegt und nur über substantielle Fragen, wie z.B. die Lösung des Fischereistreits, die Regelung der Postverbindung, die Bekämpfung der Kriminalität und andere zivile Angelegenheiten, gesprochen. Jetzt verlangt Beijing allerdings erneut politische Verhandlungen zwischen SEF und ARATS – was Taiwan ablehnt. Um Gespräche zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu führen, reiste der stellvertretende Generalsekretär der SEF, Zhan Zhihong (Jan Jyh-hong), im April d.J. nach Beijing. Der stellvertretende Generalsekretär der ARATS, Li Yafei, war vom 24. bis 31. Juli in Taipei. Er betonte, ohne die Behandlung politischer Themen (d.h. Wiedervereinigung Chinas) könnten alle Kontakte zwischen beiden Seiten nicht als Verhandlung, sondern nur als Meinungs-austausch dienen. Dies gelte auch für die Einladung an Gu zum Besuch in Beijing im September oder Oktober. (LHB, 27.7.98; FCJ, 31.7.98) -ni-